

Der Kongress der Gemeinden und Regionen



23. TAGUNG

Straßburg, 16.-18. Oktober 2012

Die gegenwärtigen Veränderungen in den arabischen Staaten - Chancen für die kommunale und regionale Demokratie

Empfehlung 325 (2012)¹

1. Die politischen Veränderungen, die momentan in den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeerraumes stattfinden, bieten die einmalige Chance, über einen Dezentralisierungsprozess Demokratie zu etablieren, in dem die Übertragung von politischen, wirtschaftlichen und administrativen Befugnissen auf Stellen, die den Bürgern näher sind, i.e. Gemeinden und Regionen, von ausschlaggebender Bedeutung ist.

2. In diesem Kontext hat der Europarat die Pflicht, diesen Prozess und insbesondere die Ausweitung der kommunalen und regionalen Demokratie zu unterstützen. Er verfügt über eine Reihe von Rechtsinstrumenten, welche die Grundsätze und Standards für die Entwicklung der kommunalen und regionalen Demokratie festlegen, sowie umfangreiche Erfahrungen bei der Umsetzung dieser Grundsätze in die administrative Praxis und die Verwaltung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften.

3. In diesem Zusammenhang begrüßt der Kongress der Gemeinden und Regionen die Maßnahme der Parlamentarischen Versammlung in Marokko und Tunesien, insbesondere die Beobachtung von Wahlen, und ruft sie auf, die nationalen Parlamente dieser Staaten aufzufordern, rechtliche Rahmen für die kommunale und regionale Demokratie zu erarbeiten und demokratische Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung anzunehmen, dies insbesondere auf der Basis der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Zusatzprotokolls über demokratische Partizipation, des Referenzrahmens für regionale Demokratie und anderer relevanter Rechtsinstrumente des Europarats. Die rechtlichen Rahmen sollten sich insbesondere mit der Ausweitung von Befugnissen und der Finanzierung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der Partizipation der Bürger, insbesondere Frauen und junge Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene befassen.

4. Der Kongress der Gemeinden und Regionen begrüßt auch den Entwurf der 2012-2014 Prioritäten für Marokko und Tunesien im Rahmen der Politik des Europarats über Nachbarschaftsregionen, die von der Europäischen Union unterstützt wird. Er freut sich, in diese Prioritäten einbezogen zu werden.

5. Unter Betonung der Bedeutung, in der Politik des Europarats für die Nachbarregionen der kommunalen und regionalen Dimension die gebührende Beachtung zu schenken, ruft der Kongress das Ministerkomitee auf:

a. bei den nationalen Regierungen der Staaten des südlichen Mittelmeerraumes die demokratischen Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung bei den Verwaltungspraxis zu fördern, insbesondere in Bezug auf die Übertragung von Befugnissen und Finanzmitteln, sowie die Partizipation der Bürger, insbesondere Frauen und junge Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene;

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 16. Oktober 2012, 1. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)6](#), Begründungstext) Berichterstatterin: A. Koopmanshap, Niederlande (L, SOZ).



b. die Standards zu fördern, die durch die oben genannten Rechtsinstrumente des Europarates und den Verhaltenskodex für die politische Integrität kommunal und regional gewählter Vertreter, die Charta über die Teilhabe junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen, die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen und die Charta über Demokratie- und Menschenrechtsbildung festgelegt sind;

c. die Möglichkeit zu erwägen, die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung für den Beitritt der Staaten des südlichen Mittelmeerraumes, insbesondere Marokko und Tunesien, zu öffnen;

d. eine dezentralisierte Zusammenarbeit zu fördern und, wo möglich, Finanzhilfen für Projekte durch europäische Gemeinden und Regionen für ihre Gegenstücke in den Staaten des südlichen Mittelmeerraumes bereitzustellen, insbesondere im Rahmen von Programmen für gewählte Vertreter und deren Mitarbeiter.

e. sicherzustellen, dass im Rahmen seiner Kooperationsprogramme 2012-2014 mit Marokko und Tunesien den Aktivitäten bezüglich der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche besondere Aufmerksamkeit auf lokaler und regionaler Ebene gewidmet wird.

6. Darüber hinaus ruft der Kongress die Venedig-Kommission des Europarates auf, im Kontext seiner Expertenbeurteilungen der Verfassungen und Gesetzgebungen der Staaten des südlichen Mittelmeerraumes sicherzustellen, dass das Recht auf kommunale Selbstverwaltung anerkannt wird und die demokratischen Grundsätze und Standards der kommunalen Selbstverwaltung aufgenommen wurden.

7. Schließlich ruft der Kongress die Gremien der Europäischen Union auf, einschließlich des Ausschusses der Regionen, über die Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM), bei der der Kongress einen Beobachterstatus hat, zur Entwicklung der Demokratie in den Regionen des südlichen Mittelmeerraumes beizutragen, insbesondere:

a. die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen des südlichen Mittelmeerraumes auszubauen, um die Bedürfnisse der letztgenannten zu bestimmen und das Know-how über die demokratische Regierungsführung und die Verwaltung kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften zu übertragen, insbesondere durch Trainingsprogramme für gewählte Vertreter und deren Mitarbeiter und durch Studienbesuche;

b. Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln, die den Austausch von Erfahrungen, die Förderung der kommunalen und regionalen Umsetzung staatlicher Politik und eine Einflussnahme vor dem Hintergrund von erneuten Verhandlungen der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und die Definition einer Mittelmeer-Makroregion einschließen;

c. Möglichkeiten für die Anpassung einer dezentralisierten Kooperation an die vielfältigen Formen der kommunalen und regionalen Umsetzung staatlicher Politik zu entwerfen und Maßnahmen für die Unterstützung der nationalen Dezentralisierungspolitik der Staaten des südlichen Mittelmeerraumes zu fördern;

d. die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und deren Vertreter aus dem südlichen Mittelmeerraum in die Lage zu versetzen, in vollem Umfang an der Neuverhandlung der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union für 2014-2020 teilzunehmen;

e. eine Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zu fördern, die sich an der europäischen Regionalpolitik und der Zuteilung von Strukturfonds ausrichtet und, in diesem Kontext, die Prüfung der Möglichkeit, kommunale und regionale Entwicklungspläne zu erarbeiten und umzusetzen, die auf dem Modell der Städtepartnerschaft basieren.